Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Mittwoch **22** Oktober

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden **Mit religiösem Sonntagsblatt**

Die „Rheinische Volkszeitung" erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Etienne), Marktstraße 9 und Eltville (W. Fabisz Witwe), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße. **Verantwortlich:** Für Politik und Feuilleton: Hauptschriftleiter Dr. phil. Franz Geucke; für den andern redaktionellen Teil: Julius Etienne-Oestrich; für Geschäftliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Bezugspreis für das Vierteljahr 5.40 Mk., für den Monat 1,80 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 5,40 Mark, monatlich 1,80 Mark mit Bestellgeld, für Postabholer monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 90 Pfg. billiger. — **Anzeigenpreis:** 35 Pfg. für die kleine Zeile, für auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile 2,00 Mk.; bei Wiederholungen entspr. Nachlaß. Schluß der Anzeigen-Annahme: Für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. **Postscheck-Konto:** Nr. 1632 beim Postscheckamt Frankfurt a. M.

Nr. 247 — 1919

37. Jahrgang

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß

Bericht des Grafen Bernstorff über Amerika

Verordnung

Um die inländischen Kartoffeln, Hilfsmittel zu sparen, erläßt General Fayolle, Oberbefehlshaber der französischen Besatzungsarmee der Rheinlande, folgendes:

Artikel 1: Die Ausfuhr von Kartoffeln aus den von der französischen Armee besetzten Gebieten, das Saarbecken mit einverstanden, ist ohne schriftliche Genehmigung von einem deutschen Versorgungsamt verboten; außerdem muß dieselbe von französischen Obervermalter beglaubigt und gestempelt werden.

Artikel 2: Jeder Transport von Kartoffeln durch Eisenbahn, Kraftwagen oder Wagen mit Pferdebespannung aus einem Kreis in einen anderen ist ohne vorherige Genehmigung vom Kommunalverband, die vom Verwalter des Absenderkreises beglaubigt und gestempelt ist, verboten.

Artikel 3: Jeder Zuwiderhandelnde an dieser Verordnung wird durch das französische Militärgericht verfolgt.

Artikel 4: Die Herren Generale, Oberbefehlshaber der verschiedenen Gebiete, die französischen Obervermalter der Bezirke, die Verwaltung der Kreise, die Eisenbahn-Neb-Subkommission vom besetzten Gebiet und die Feldgendarmerie sind mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung, die sofort nach ihrer Veröffentlichung in Kraft tritt, beauftragt.

Gez.: Fayolle.

Byzantiner

* Nun ist auch Graf Czernin mit Kriegserinnerungen auf dem Plane erschienen. Seine Stellung als Leiter der österreichisch-ungarischen Außenpolitik sichert naturgemäß seinen Ausführungen überall großes Interesse. Czernin stand im Mittelpunkte der Friedensdebatten, mit seinem Namen wird auch immerdar die Denkschrift an Kaiser Karl verknüpft bleiben. Jene Denkschrift, welche im Jahre 1917 Oesterreich-Ungarns Lage in den schwärzesten Farben malte und den baldigen Zusammenbruch ankündigte, die Denkschrift, welche dann — auf welche Weise, ist noch nicht geklärt — in die Hände der Entente geriet. Wenn es nun auch auf ewig fraglich bleibt, ob ohne diese Denkschrift schon ziemlich früh ein erträglicher Friede zustande gekommen wäre, die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß die einzelnen Darlegungen bei den Verbandsmächten den Willen, auszuhalten und durchzuhalten, lebhaft gestärkt haben. Graf Czernin war kein Byzantiner, er wahrte gegenüber dem Kaiser kein Blatt vor den Mund. Er sah es nicht als seine Aufgabe an, die Dinge zur Zufriedenheit des kaiserlichen Herrn zu schildern. Ja, um seinen Willen durchzusetzen, trug er das schwärzeste Schwarz auf. Das hat sich nun auch als einen großen Fehler herausgestellt, denn tatsächlich war die Lage Oesterreich-Ungarns wesentlich besser als sie der Außenminister schilderte. Man weiß auch, daß Czernin, wenn er in das deutsche Hauptquartier kam, entschiedene Worte fand. Er hat sich nicht gescheut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Angesichts dieser Haltung des österreichisch-ungarischen Staatsmannes ist es interessant, sein Urteil über den Byzantinismus gegenüber dem ehemaligen deutschen Kaiser zu lesen. Dieser Byzantinismus, d. h. der Geist sklavischer Unterwürfigkeit und Schmeichelei gegenüber hochgestellten Persönlichkeiten, wurde seit Jahren scharf gegeißelt. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß dieser Geist unheilvoll gewirkt hat. Jeder Mensch, auch ein hochgestellter Kaiser, ist nach einem bekannten Wort ein Opfer seines Milieus, seiner Umgebung. Ja, gerade ein Kaiser, dem große Machtmittel und ein weit reichender Einfluß zur Verfügung stehen, der aber auf der andern Seite von der Außenwelt ziemlich abgeschnitten ist, bedarf der Ratgeber, die Männerstolz vor Königsthronen beweisen. Es ist das Unglück Wilhelms II. gewesen, daß ihm solche Ratgeber gefehlt haben.

Darauf weist auch Graf Czernin hin. Man täuschte dem Kaiser eine Welt vor, die niemals bestanden hat, man trieb ihn in eine Richtung, in die er sonst nie gekommen wäre. Gewiß hat es Ausnahmen gegeben. Zu diesen Ausnahmen gehörte bekanntlich Ludendorff, der niemals aus seinem Herzen eine Mördergrube machte. Indes sind es weniger die verantwortlichen Staatsmänner gewesen als vielmehr sonstige Elemente, welche beispiellos gesündigt haben. Czernin stellt fest, daß bei dem deutschen Kaiser alles hinter dem einen Gedanken zurücktrat, das deutsche Volk froh und glücklich zu machen und zu erhalten. An der Schuld, den Sturz der Monarchie herbeigeführt zu haben, sind diese byzantinischen Schmeichler in hohem Maße beteiligt. Es entspricht ganz dem Charakter dieser Elemente, wenn sie nun, nachdem die Monarchie beseitigt ist, mit wehen Fahnen in das Lager der heutigen maßgebenden Richtung umschwenken. „Wie viele Millionen, die heute nur Asche hinter dem Kaiser herschleudern, konnten sich nicht tief genug bücken, wenn er im Glanze seiner ganzen Herrlichkeit am Horizonte erschien." So sagt Czernin und er hat völlig recht. Diese Charakterlosigkeit ist eine Schmach für das ganze deutsche Volk. Sie ist auch ein Beweis dafür, daß das deutsche Volk noch nicht die notwendige politische Reife erlangt hat. Achten muß man die Männer und Frauen, welche ihre Ueberzeugung nicht wie ein Hemd wechseln und auch jetzt, da der Wind anders weht, aus ihrer früheren und jetzigen Ueberzeugung kein Hehl machen. Nach dieser Richtung fand der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske die richtigen Worte. Er hält nicht viel von den Offizieren, die ehemals kaiserliche und jetzt republikanische Byzantiner sind. Seine Auffassung, daß das Heil des Staates besser in den Händen der monarchischen Offiziere als in den Händen der republikanischen Opportunisten liegt, kann nur unterstrichen werden. Unmöglich ist es, mit Gesinnungslumperei und Charakterlosigkeit ein solides Staatsgebäude aufzurichten. Jeder soll sagen, was er im Innersten des Herzens denkt, jedem solle es unbenommen sein, auf verfassungsmäßigem Wege eine Aenderung anzustreben. Freilich muß man auch von dem Staate verlangen, daß er das Recht der freien Meinung respektiert und den politischen Gegner nicht ausschließt. Davon hat man leider in der jungen deutschen Republik nichts vernommen. Die Folgen sind gesinnungsloser Byzantinismus auf der einen und staatsgefährliche Treibereien auf der andern Seite. Beides aber ist für den Staat gleich verderblich.

Byzantiner hat es im alten Reich gegeben, Byzantiner gibt es im neuen. Grade die Elemente, welche früher am lautesten Hurra schrien, schwärmen heute für Ebert und seine Richtung. Sie waren damals unsichere Kantonisten, sie sind es heute ebenso. Sie würden auch morgen bei einer Räterepublik dabei sein und auf die Worte der Herren Eichhorn oder Daase schwören. Notwendig ist, daß sich die Regierung von solchen Konjunkturgewinnlern radikal fernhält. Wir sollen aus der Geschichte lernen. Die Monarchie, der monarchische Gedanke, hat schwer darunter gelitten, daß der Träger der Krone in einen künstlichen Nebel gestellt wurde und die Dinge nicht richtig beurteilen konnte. Den Machthabern von heute droht das gleiche. Ja, die Gefahr ist ungleich größer, weil die Monarchie über den Parteien stand, während die heutigen Machthaber Vertreter einer einseitigen Parteirichtung und darum von vornherein einseitig orientiert sind. Angesichts dessen ist besondere Vorsicht vonnöten. Wer am Steuer des Staates steht, ist für das ganze Volk da, aber nicht für eine einzelne Partei oder Parteikoalition. Und wenn wir wirkliche politische Bildung fördern wollen, dann muß das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" zur Wahrheit werden. Freie Bahn, mag nun der Tüchtige rechts oder links stehen, wenn er nur die Verfassung respektiert. Freie Bahn auch den Angehörigen der verschiedenen Konfessionen. Handelt man nicht in diesem Sinne, dann wird der Byzantiner eine typische deutsche Erscheinung sein und bleiben, weil eben Tausende und Hunderttausende von Schwächlingen glauben, am besten durch Byzantinismus auf der Leiter emporzusteigen.

Die erste Sitzung

Berlin, 21. Okt.

Heute fand im Obergeschoß des Reichstages die erste Sitzung des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung statt, der sich beschäftigen soll mit der Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten, zu Friedensbesprechungen mit dem Feinde zu gelangen. Mitglieder des Ausschusses sind: Abg. Warmuth (Deutschnat. Volkspartei), Vorsitzender, Abg. Gothein (Demokrat), Schriftführer, Abg. Sinzheimer (Soz.), Referent, Dr. Spahn (Zentr.), Dr. Cohn (U.S.), Antonie Pfülf (Soz.) und Dr. Schücking (Demokr.) als Mitglieder. Der Ausschuß hat an einem besonderen Tische Platz genommen. Vor dem Ausschußtische stehen zwei Tische, die für Sachverständige reserviert sind. Als solche sind geladen: Prof. Dr. Penn von der Münchener Handelshochschule, Prof. Dr. Otto Hoetzsch und Prof. Dr. Dietrich Schäfer von der Berliner Universität. An einem besonderen Tische haben auch die als Zeugen geladenen Herren Bethmann-Hollweg und Dr. Helfferich Platz genommen.

Um 10.10 Uhr eröffnete der Vorsitzende Warmuth die Sitzung.

Dann erstattet der Abg. Sinzheimer auf Grund der Akten des Auswärtigen Amtes einen Bericht.

Vorsitzender Warmuth: (zum Grafen Bernstorff gewandt) Ich bitte nun Euere Exzellenz, ein zusammenhängendes Bild zu geben davon, wie über Wilsons Friedensaktionen Klarheit herrscht. Es dürfte sich empfehlen, wenn Sie sich damit an die historische Reihenfolge halten und auch die Gruppierung berücksichtigen, wie sie vom Referenten vorgenommen worden ist. Graf Bernstorff sagte:

„Ich möchte insbesondere auf die erste Periode eingehen, weil gerade damals die Politik Wilsons konsequent zum Ausdruck gekommen ist. Ich erinnere an die Friedensbemühungen Wilsons im Jahre 1914, sowie an seine Proklamation an das amerikanische Volk, in welcher er die Amerikaner, deren sich eine große Erregung bemächtigt hatte, zur Ruhe ermahnt, und in welcher er sagt, daß das amerikanische Volk das einzige sei, welches den Frieden herbeiführen könne, wenn es neutral bleibe. Als die beiden ersten Friedensangebote Wilsons gescheitert waren, hielt er sich sehr zurück, sandte aber seinen Freund House im Winter 1914/15 nach Paris, London und Berlin. Als House zurückkehrte, sagte er mir, daß der Moment noch nicht gekommen sei für eine Friedensvermittlung. Noch niemand sei bereit, auf den Frieden einzugehen. Man würde aber später die Versuche wieder aufnehmen. Wilson hat sich mir zum ersten Male über den Frieden ausgesprochen nach der Versenkung der Lusitania, weil damals der Krieg drohte. Wilson sagte mir damals, wir sollten den U-Bootkrieg aufheben, dann werde er bei England auf Beendigung der Blockade drängen. Nach bestimmten Nachrichten aus London, würde das gegenwärtige Kabinett darauf eingehen, damit würde dann der Anfang für eine Friedensaktion gegeben sein.

Es folgte dann der Notenwechsel über die „Lusitania". Von Berlin wurde der Standpunkt vertreten, daß die „Lusitania" bewaffnet gewesen sei und Munition mit sich geführt habe. Der Krieg schien unvermeidlich. Ich ging deshalb zu Wilson und suchte einen Ausgleich zu erwirken. Wilson erklärte sich damit einverstanden, daß der amerikanische Unterstaatssekretär Meyer-Gerard nach Berlin reisen solle, um mein Telegramm über die „Lusitania-Affäre" zu erläutern. Der Notenwechsel über die Lusitania ging dann weiter ohne ein Ergebnis. Es folgt dann die Versenkung der „Arabic". Zum zweiten Male drohte der Krieg auszubrechen. Diesmal wurde unserseits nachgegeben, indem zugesagt wurde, daß Passagierschiffe nur nach vorangegangener Warnung versenkt werden würden.

Nun folgte die erste Note Amerikas nach London, in welcher gegen die englische Blockade Stellung genommen wurde. Nach dieser Note fand nochmals eine Aussprache über die „Lusitania", statt, die uns zum dritten Male an den Rand des Krieges brachte, weil wir anerkennen sollten, daß die Versenkung ungesetzlich sei. Diese Erklärung wurde von uns abgelehnt. Diesmal gab Wilson nach. Er wollte sich damit begnügen, wenn wir erklärten, daß derartige Neutralen Schiffe davon betroffen werden dürften. Diese Erklärung war sofort festgestellt und sollte von mir und Lansing ausgetauscht werden, als der unbeschränkte verschärfte U-Bootkrieg erklärt wurde.

Vorsitzender Warmuth: Der verschärfte U-Bootkrieg ist natürlich nicht der rücksichtslose U-Bootkrieg?

Bernstorff gibt dies zu. Dann fährt er fort: Die Torpedierung der „Sussex" brachte eine vorläufige endgültige Erklärung: Der U-Bootkrieg sollte fortan nur nach den Grundsätzen des Kreuzerkrieges geführt werden. Eine entsprechende deutsche Erklärung wurde in der Note vom 4. Mai 1916 abgegeben. Nun war die Bahn frei für Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Freiheit der Meere. Oberst House kam zum zweiten Male nach Berlin. Als er nach Amerika zurückkam, sagte er mir, daß nach seinen Erfahrungen der Hauptwiderstand gegen den Frieden in Paris zu suchen sei. In England bestehe eine gewisse Bereitwilligkeit, und auch in Berlin würde man zu einem geeigneten Zeitpunkt bereit sein, auf seine amerikanische Vermittelung einzugehen. Bindende Erklärungen wurden von keiner Seite abgegeben. Zum ersten Mal wurde die Absicht der kaiserlichen Regierung, auf eine Friedensvermittelung einzugehen, bekannt durch ein Telegramm des amerikanischen Botschafters Gerard nach der Versenkung der „Sussex". Darin stand, daß die deutsche Regierung bereit sei, eine Friedensvermittlung Wilsons anzunehmen. Der Oberst House ist derjenige gewesen, mit dem ich während der ganzen Zeit verhandelt habe. Es ist vielleicht merkwürdig, daß ich nicht persönlich mit dem Präsidenten verhandelte. Das liegt an den Verhältnissen in Amerika. House war der intimste Freund Wilsons und es war unbedingte Geheimhaltung unserer Beziehungen notwendig. In Washington war das unmöglich, denn wenn ich in das Staatsdepartement kam oder zum Präsidenten, konnte ich sicher sein, daß ich von Journalisten belagert war. Ich mochte antworten, was ich wollte. Es wurde dabei eine Information geschrieben, und es kam etwas heraus, was nicht herauskommen sollte. Es war deshalb der Wunsch Wilsons, daß ich seinen Freund besuchte. Ich habe das in der Wohnung von House in Newyork wiederholt getan, ohne daß in Amerika etwas davon bekannt geworden wäre. House erklärte mir, daß nicht mehr die Möglichkeit bestehe, England zur Berücksichtigung des Völkerrechts zu nötigen, weil die amerikanischen Schiffahrts- und Handelsinteressen mit England zu enge verknüpft seien. Es würde einen Sturm in der öffentlichen Meinung hervorrufen, wenn man gegen England vorgehen wollte. Wohl haben wir noch die Macht, einen Frieden ohne Sieg herbeizuführen, da ein solcher Schritt in Amerika aber unsympathisch sei, könne er nur erfolgen, wenn die öffentliche Meinung sich endlos beruhigt habe. Eine Pause in den Verhandlungen sei aber erwünscht, damit auch die Presse sich nicht mehr damit beschäftige.

Der Referent Sinzheimer erinnert an dieser Stelle an die grundlegende Instruktion Bethmann Hollwegs an Bernstorff vom 18. August 1916, in welcher letzterer aufgefordert wird, die Friedensvermittelung des Präsidenten nachdrücklichst zu ermutigen. Natürlich könne man Deutschland nicht zumuten, auf irgendwelche konkreten Friedensbedingungen sich zu verpflichten.

Graf Bernstorff fortfahrend: Es kam dann der Eintritt Rumäniens in den Krieg. Nun fand man in Amerika auf dem Standpunkt, daß jede Friedensvermittelung zurzeit aussichtslos sei, weil die Entente ihres Sieges zu sicher sei. Es liegen uns verschiedene Telegramme der Reichsregierung an mich vor. Das wichtigste ist ein Memorandum vom 5. Oktober, welches der Botschafter Gerard nach Amerika mitbringen sollte, wenn er auf Urlaub reise.

Referent Sinzheimer ist der Meinung, daß dieses Telegramm für die Friedensaktion nicht in Betracht komme, weil es nur die Mitteilung mache, daß gegebenenfalls der rücksichtslose U-Bootkrieg von Deutschland beschlossen werden muß.

Bernstorff weist darauf hin, daß das Memorandum in Amerika großen Eindruck gemacht habe. Er habe es persönlich dem Obersten House übergeben, weil Gerard es nicht mehr von Berlin habe mitnehmen können. Oberst House habe es dann Wilson gegeben. Bernstorff gibt dann eine chronologische Schilderung des Verlaufs der Ereignisse bei den amerikanischen Wahlen, deren Ergebnis bekanntlich eine Woche lang unsicher blieb. Infolgedessen hat Wilson vor dem 15. November keine Möglichkeit gehabt, überhaupt etwas für den Frieden zu tun. Wilson hat aber schon am 15. oder 16. November seine Friedensnote geschrieben, aber nicht abgeschickt, weil eine antideutsche Woge über das Land ging wegen der belgischen Deportationen. So sei die Absendung erst später erfolgt.

Vorsitzender Warmuth. Ihr Bericht über diesen Punkt ist besonders wichtig. Es heißt darin: „Wilson beauftragte den Obersten House, mir streng vertraulich zu sagen, daß er möglichst bald Friedensschritte tun wolle, vermutlich zwischen jetzt und Neujahr. Er macht zur Bedingung, daß bei uns bis dahin möglichst wenig von Friedensvermittelung geschrieben und gesprochen wird, und daß wir alle U-Bootkontroversen vermeiden, um eine vorzeitige Ablehnung des Schrittes durch unsere Feinde zu verhindern."

Graf Bernstorff. Ich habe erwartet, daß die Friedensaktion im Laufe des Dezember erfolgen werde. Ich habe bis zuletzt geglaubt, daß wir nicht wünschten, daß Wilson sich in die Verhandlungen über territoriale Fragen einmische, daß wir vielmehr einer zweiten Konferenz zustimmten, die zwischen sämtlichen Staaten der Welt stattfinden soll und in der über Völkerbund, Freiheit der Meere, Schiedsgericht usw. verhandelt werden soll, während territoriale Fragen unter den Kriegführenden allein geregelt werden sollen. Wilson hat niemals verlangt, an der Friedenskonferenz teilzunehmen, er hat aber geglaubt, daß es nicht ohne ihn zu Friedensverhandlungen kommen würde.

Abg. Dr. Spahn. Ist Oberst House vom Wortlaut Ihrer Instruktion in Kenntnis gesetzt worden, so daß er sich ein eigenes Urteil darüber bilden konnte, ob in Berlin eine Schwenkung eingetreten sei?

Graf Bernstorff. Er ist fortlaufend von mir unterrichtet worden, aber nicht in dem Sinne, daß wir nicht mehr Friedensverhandlungen wünschten. Das habe ich ihm niemals mitgeteilt.

Abg. Katzenstein. Ist das Friedensangebot vom 12. Dezember von der amerikanischen Regierung als eine Unterstützung oder als eine Gefährdung Ihrer Friedensaktion aufgefaßt worden?

Graf Bernstorff. Es wurde als Gefährdung angesehen, das hat mir Oberst House im Auftrage des Präsidenten gesagt.

Prof. Bonn. Sie hatten keine Zeit, in Berlin darauf aufmerksam zu machen, daß ein Friedensangebot unserseits für die amerikanische Aktion sehr störend empfunden werde?

Graf Bernstorff. Soweit ich mich entsinne, hatte ich keine Zeit mehr, zu telegraphieren.

Abg. Dr. Cohn. Am 22. November ist ein Telegramm des Staatssekretärs v. Jagow an Sie ergangen, wonach ein Friedensangebot der Mittelmächte in Aussicht stehe.

Abg. Dr. Sinzheimer. Dieses Telegramm ist als ganz geheim zur persönlichen Kenntnisnahme für den Botschafter bezeichnet worden. Darin wird zur Bedingung gemacht, daß möglichst wenig von der Friedensvermittelung gesprochen wird. Soll das heißen, daß überhaupt nicht von der Anbahnung eines Friedens gesprochen werde, oder nur nicht von den Wilsonschen Vermittelungen?

Graf Bernstorff. Auch aus anderen Berichten und Telegrammen von mir geht hervor, daß die Amerikaner immer auf dem Standpunkt standen, eine Friedensvermittelung könne gelingen in einem Augenblick, wo Deutschland stark sei.

Abg. Dr. Sinzheimer. Sie haben sich dann dahin ausgesprochen, daß unser Angebot nicht ernst genommen werde, weil es ohne konkrete Friedensbedingungen erfolgt sei, nur zu dem Zwecke, den unbeschränkten U-Bootkrieg führen zu können.

Graf Bernstorff. Dies bezog sich nur auf die öffentliche Meinung in Amerika, nicht auf die Ansicht der Regierung. Die öffentliche Meinung war, bevor die deutschen Meldungen kamen, schon längst durch Telegramme aus London sehr stark beeinflußt. Es war nicht möglich, unsere Nachrichten dann noch in die Presse zu bringen.

Abg. Dr. Sinzheimer. Unser Friedensangebot vom 12. Dezember war also als Durchkreuzung der amerikanischen Pläne anzusehen?

Graf Bernstorff. Durchkreuzung möchte ich nicht sagen, aber als Erschwerung. Mit dem Obersten House habe ich über unser Friedensangebot nicht gesprochen. In dem Telegramm stand auch das Weitere hinsichtlich der militärischen Lage ab. Zwischen dem 12. und 18. Dezember aber habe ich mit House über das deutsche Friedensangebot gesprochen.

Abg. Dr. Sinzheimer. Wir sind bei der heutigen Vernehmung bis zum 12. Dezember gekommen. Ich stelle somit als Ergebnis der heutigen Sitzung fest:

Haben Sie die Instruktion in dem Sinne gefaßt, daß Sie den Präsidenten Wilson oder das House ermuntern oder beeinflussen sollten, eine Friedensaktion zu unseren Gunsten zu unternehmen?

Graf Bernstorff. Ja. (Bewegung.)

Abg. Dr. Sinzheimer. War Wilson bei diesen Wünschen Rechnung zu tragen?

Graf Bernstorff. Ja.

Abg. Dr. Sinzheimer. War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundlage einzugehen, auch ohne konkrete Friedensvorschläge unserseits?

Graf Bernstorff. Ja. (Bewegung.)

Darauf wird die Vernehmung abgebrochen. Fortsetzung Mittwoch, den 22. Oktober 1919, vormittags 10 Uhr.

Schluß 12.30 Uhr.

Die 5 Milliarden-Prämienanleihe

Berlin, 16. Okt. Ueber die Prämienanleihe, die, nachdem der Zehner-Ausschuß der Nationalversammlung seine Zustimmung erteilt hat, voraussichtlich Anfang November zur Ausgabe gelangen soll, erfahren wir:

„Die Anleihe kommt mit fünf Milliarden Mark und zwar fünf Millionen Stücke zu je ein Tausend Mark zur Ausgabe. Ihre Laufzeit beträgt 80 Jahre. Während der ersten 40 Jahre werden drei Millionen, während der letzten 40 Jahre die anderen Milliarden zurückgezahlt werden. Für je Tausend Mark Zeichnungssumme sind 500 Mark Kriegsanleihe und 500 Mark in bar zu entrichten, wobei die Kriegsanleihe zum Nennwerte berechnet wird. Die Zuteilung erfolgt nach der Höhe der Zeichnung, doch wird die Reichsfinanzverwaltung im Interesse der kleinen Zeichner vorweg jeden Zeichner mit einem bis fünf Stücken befriedigen, bis eine weitere Verteilung erfolgt. Zweimal jährlich finden Gewinnverlosungen statt, wobei jedesmal 2500 Gewinne im Betrage von 25 Millionen Mark zur Ausschüttung gelangen, darunter fünf Gewinne mit je einer Million, fünf Gewinne zu 500 000 Mark, fünf zu 300 000 Mark, fünf zu 200 000 Mark usw. Einmal jährlich findet weiterhin eine Tilgungsauslosung statt, wobei für je Tausend Mark Auszahlungen für jedes seit Beginn der Anleihe abgelaufenes Jahr 50 Mark extra bezahlt werden oder aber noch ein Zuschlag, genannt Bonus, zu der Tilgungssumme hinzukommt, der in den ersten 50 Jahren Tausend Mark, in den weiteren 10 Jahren 2000 Mark und in den letzten 40 Jahren 3000 Mark beträgt. Jedes zweite zur Amortisation gelangte Stück ist mit einem solchen Bonus ausgestattet. Jeder Besitzer von Stücken hat außerdem die Möglichkeit, nach 20 Jahren dem Staat seinen Besitz zu kündigen. Er erhält dann den Betrag einschließlich der aufgelaufenen Zuschläge mit einem Zuschlag von zehn Prozent zurück. Mit der Anleihe sind besondere steuerliche Bevorzugungen verbunden, die sich besonders auf die Nachlaß- und Erbanfallsteuer beziehen.

Die mit der neuen Prämienanleihe verbundenen Aussichten und Vorteile für den Besitzer lassen sie nicht nur als ein Spielpapier, sondern auch als ein durchaus empfehlenswertes Anlagepapier erscheinen. Die Zuteilung der Stücke erfolgt wie bei jeder begrenzten Anleihe nach Maßgabe der Höhe der Zeichnung. Da indes eine sehr erhebliche Beteiligung an der Zeichnung zu erwarten ist, hat die Reichsfinanzverwaltung im Interesse der kleinen Zeichner veranlaßt, daß jeder Zeichner mit einem bis fünf Stücken vor deren Verteilung nach der Höhe der Zeichnung vorweg befriedigt wird, um zu verhindern, daß die kleinen Zeichner keine Stücke erhalten. Damit wird die beabsichtigte Eigenschaft der Anleihe als einer Volksanleihe, namentlich auch im Interesse der kleinen Kriegsanleihebesitzer, gewahrt. Die Anleihe wird in fünf Millionen Sparprämienstücken zu je 1000 Mark ausgegeben und ist in fünf Reihen eingeteilt. Jede Reihe enthält 2500 Serien (von 1 bis 2500) und jede Serie 400 Nummern (von 1 bis 400). Für jedes Sparprämienstück von 1000 Mark werden bekanntlich 500 Mark in fünf prozentig deutscher Reichsanleihe mit laufenden Zinsscheinen zum Nennwert und 500 Mark in bar einbezahlt. Zweimal jährlich finden Gewinnverlosungen statt. Bei jeder Gewinnverlosung werden 2500 Gewinne im Betrage von 25 000 000 Mark nach folgendem Gewinnplan gezogen:

5	Gewinne zu	1 000 000 M	5 000 000 M
5	„ „	500 000 „	2 500 000 „
5	„ „	300 000 „	1 500 000 „
5	„ „	200 000 „	1 000 000 „
10	„ „	150 000 „	1 500 000 „
20	„ „	100 000 „	2 000 000 „
50	„ „	50 000 „	2 500 000 „
100	„ „	25 000 „	2 500 000 „
200	„ „	10 000 „	2 000 000 „
300	„ „	5 000 „	1 500 000 „
400	„ „	3 000 „	1 200 000 „
400	„ „	2 000 „	800 000 „
1000	„	1 000 „	1 000 000 „
2500			25 000 000 M

Einmal jährlich finden Tilgungsziehungen statt und zwar:

in den Jahren	Stück	jährlich	insgesamt
1920—1929	50 000	50 000 000 M	500 000 000 M
1930—1939	75 000	75 000 000 „	750 000 000 „
1940—1949	100 000	100 000 000 „	1 000 000 000 „
1950—1959	75 000	75 000 000 „	750 000 000 „
1960—1999	50 000	50 000 000 „	2 000 000 000 „

Jedes getilgte Stück wird mit 1000 Mark und mit einem Zuschlag, der für jedes seit der Auflegung der Anleihe verflossene Jahr 50 Mark beträgt, zurückgezahlt. Außer den Zuschlägen entfällt auf jedes zweite (Zuschlag) getilgte Sparprämienstück ein mit den Jahren wachsender Bonus, der für je 1000 Mark Nennwert beträgt:

in den Jahren	Anzahl	Betrag	Gesamtsumme
1920—19 9	25 000 zu	1000 M	25 000 000 M
1930—1939	37 500 „	1000 „	37 500 000 „
1940—1949	50 000 „	1000 „	50 000 000 „
1 50—1959	37 500 „	2000 „	75 000 000 „
1960—19 9	25 000 „	4000 „	10 000 000 „

Die Gesamtzahl der Auslosungen von Gewinn und Bonus beträgt somit 2 900 000, d. h. 58 v. H. der Zahl der Sparprämienstücke. Die mit einem Gewinn gezogenen Sparprämienstücke nehmen auch weiter an den Gewinnziehungen bis zu ihrer eignen Tilgungsauslosung teil. Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10 v. H.

Vom Beginn des 20. Jahres an steht dem Besitzer des Stückes das Recht zu, dessen Rückzahlung bei Innehaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum Tilgungswert, d. h. zum Nennwert samt den zustehenden Zuschlägen von 50 Mark für jedes verflossene Jahr, unter Abzug von 10 v. H. zu verlangen.

Die Reichsbanknoten

mz. Berlin, 21. Okt. Zeitungsnotizen zufolge sollen Reichsbanknoten mit bestimmten Seriennummern falsch sein. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entbehren diese Gerüchte jeder Begründung. Sie sind anscheinend darauf zurückzuführen, daß Fälscher bei der Herstellung dieser Falsifikate auch Nummern echter Noten übernahmen. Von einzelnen Banken sollen sogar Verzeichnisse bestimmter Falschstücke (unter Zugrundelegung bestimmter Seriennummern) veröffentlicht worden sein. Solche Angaben müssen, falls sie tatsächlich erfolgt sein sollten, als unzutreffend bezeichnet werden. Seitens der Reichsbank sind Reichsbanknoten mit bestimmten Seriennummern noch niemals für ungiltig erklärt worden.

Erzberger

Berlin, 18. Okt. Reichsfinanzminister Erzberger, der in den letzten Wochen besonders stark durch anonyme Flugblätter und Zeitschriften angegriffen wurde, hat gegen die „Deutsche Zeitung" Strafantrag gestellt wegen des Vorwurfs der Lüge, den sie gegen ihn erhoben hat. Ebenso hat er Strafantrag gestellt wegen einer Flugschrift, die den Titel trägt: Mathias Erzberger, ein Lebensbild in Wort und Bild, von Christian und Peter, die in München erschienen ist. (Die Schmähschrift ziert auch in Wiesbaden die Auslage eines Buchhändlerladens.)

Streiks in Amerika

mz. Amsterdam, 20. Okt. Der „Daily News" wird aus Washington gemeldet, daß die durch die Krise auf der industriellen Konferenz geschaffene wirtschaftliche Lage die schwierigste in der bisherigen Geschichte der Vereinigten Staaten sei. Seit Freitag befänden sich 700 000 Arbeiter im Ausstand.

Aus aller Welt

Birkenfeld, 20. Okt. In dem Jagdbezirk Hollenberg sollte letzter Tage eine Saujagd abgehalten werden. Bis an die Zähne bewaffnet, rückten bei schönstem Mondenscheine die Rimrode an, harrend der Dinge, die da kommen sollten. Plötzlich mit einem Schlage rasten da 35 bis 40 Sauen heran, und für die Hubertusjäger gab es nur eins, ihr Leben auf den Bäumen zu retten.

Köln, 20. Okt. Der für Ende Oktober nach Berlin einberufene 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist bis auf weiteres verschoben worden.

Fulda, 20. Okt. Ein bischöfliches Mahnwort. Der Hochw. Herr Bischof von Fulda hat ein Schreiben an die Diözesanen gerichtet, daß am Sonntag von den Kanzeln zur Verlesung kam, worin er in ebenso herzlichen als dringenden Worten die ländliche Bevölkerung ermahnt, von dem Ueberschuß ihrer Erzeugnisse, namentlich von den jetzt für die Volksernährung so wichtigen Kartoffeln zu einem gerechten Preise an die Bedürftigen abzugeben.

Aus Thüringen, 19. Okt. Zeichen der Zeit. Eine Erfurter Zeitung meldet aus Thüringen, daß dort eine Lungenheilstätte wegen Kohlenmangels geschlossen werden mußte und daß weitere Schließungen bevorstehen, und knüpft daran die sehr richtige Bemerkung: „Daß etwa ein Kino oder Tanzsaal wegen Kohlenmangels den Betrieb einstellen mußte, ist nicht bekannt geworden. Dafür werden 130 tuberkulosekranke Menschen ohne Hoffnung auf Herstellung in ihre Familien zurückgeschickt, um auch diese weiter zu gefährden!" Wir fügen dem noch eine Ergänzung zu: Es gehört keine Prophetengabe dazu, um zu erkennen, daß die brennende Kohlennot eine Schicksalsfrage unseres Volkes aufwirft. Besonders die Großstädte werden aller Wahrscheinlichkeit nach im Winter dezimiert, die Friedhöfe bevölkert werden. Keine Tat der Regierung läßt erkennen, daß sie sich des bitteren Ernstes der Lage voll bewußt ist; wohl aber erfahren wir, daß Erwägungen gepflogen werden, wie es weiteren Kreisen ermöglicht werden kann, sich nach ihrem Tode verbrennen zu lassen. Dabei erfordert die Verbrennung einer Leiche dem Vernehmen nach sieben Zentner Koks. Also: Erst muß man sterben, dann erhält man Kohlen! Und für solche, die noch im Tode der christlichen Sitte widersprechen, sind Kohlen da, für andere nicht!

Oldenburg, 20. Okt. Hier wurden große Schiebungen in Lebensmitteln und Brennstoff entdeckt. Zwei Bahnhofsvorsteher wurden verhaftet.

Spartakidenprozeß

Düsseldorf, 20. Okt. Vor der Strafkammer begannen heute die Verhandlungen über die Vorgänge am 10. Januar, dem unheilvollsten Tage der Spartakidenherrschaft. An diesem Tage wurde die von den bürgerlichen Parteien gegen die Willkür des kommunistischen Arbeiterrates gerichtete Kundgebung von Mannschaften des sog. Sicherheitsregiments gesprengt und auf die Kundgeber mit Maschinengewehren geschossen, wobei elf Personen getötet und über 30 verwundet wurden. Angeklagt sind 88 Personen, von denen zwölf in Untersuchungshaft sitzen. Die Hauptdrahtzieher haben es auch hier verstanden, sich in Sicherheit zu bringen. Die Verhandlungen finden im Sitzungssaale des Ständehauses statt. Die Anklage legt den Beschuldigten zur Last, am 10. Januar an einem von mehreren Personen gemachten Angriff, bei welchem der Tod mehrerer Menschen veranlaßt worden ist, und in welchen sie nicht ohne ihr Verschulden hineingezogen worden sind, sich beteiligt zu haben. Der zunächst vernommene Angeklagte, der Führer der Bahnhofswache, erbat nach Feststellung seiner Personalien die Erlaubnis, die damalige politische Lage schildern zu dürfen und verlas eine längere politische Rede, die der Vorsitzende schließlich unterbrechen mußte. Gegenüber diesen Ausführungen des Angeklagten stellte der Vorsitzende fest, daß der Eröffnungsbeschluß auf dem Standpunkt stehe, daß die Sicherheitswehr nicht eine gesetzliche Truppe war. Was mit Autos in die Menschenmengen hineinjagte und überall Maschinengewehre aufpflanzte, habe keine Ordnung schaffen können. Es seien 16—18jährige Burschen ohne weiteres aufgenommen worden und dadurch sei das Sicherheitsregiment in eine Rotte verwandelt worden. Die Verhandlungen nehmen voraussichtlich eine Woche in Anspruch.

Aus der Provinz

Aus der Nassauischen Zentrumspartei

Niederlahnstein, 20. Okt. Vorstand und Landesausschuß der Nassauischen Zentrumspartei haben in der letzten Zeit wiederholt Versammlungen abgehalten. Die letzte Besprechung fand heute hier unter dem Vorsitz des Justizrat Dr. Dahlem statt. In erster Linie galt es, entsprechend den veränderten Verhältnissen die Partei auf eine neue Grundlage zu stellen. Das neue Organisationsstatut ist fertig gestellt und wird in der nächsten Zeit allen Ortsgruppen zugehen. Die Grundlage der politischen Organisation bilden, nachdem die Reichstagswahlkreise weggefallen sind, die einzelnen Stadt- und Landkreise. Vorstand und Landesausschuß haben einen einheitlichen Plan ausgearbeitet, um die neue Organisation, soweit das noch nicht geschehen ist, durchzuführen. Ausführlich wurde auch die Frage des Generalsekretariates erörtert. Im Prinzip ist die Aufstellung eines Generalsekretärs beschlossen, mit Rücksicht auf die parteipolitischen Verhältnisse soll die definitive Regelung der nächsten Zeit vorbehalten bleiben. Zum Reichsparteitag des Zentrums muß die Partei in Nassau sechs Vertreter entsenden. Gewählt wurden Justizrat Dr. Dahlem (Niederlahnstein), Fabrikant Flügel (Montabaur), Chefredakteur Dr. Geneke (Wiesbaden), Weingutsbesitzer Hänlein (Hochheim) und Dr. Stemmler (Ems). Der sechste Vertreter soll von der Parteiorganisation in Frankfurt bestellt werden.

*

Erbach, 20. Okt. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr fand im Hotel „Engel" eine Versammlung der Zentrumspartei statt, um zu den Gemeindevertreterwahlen Stellung zu nehmen. Die Versammlung wurde von Pfarrer Gräf geleitet. Zuerst sprach der Präsident des hessischen Bauernvereins, Pfarrer Blum aus Gernsheim, der in begeisterten Worten die Notwendigkeit einer christlichen Politik in Staat und Gemeinde darlegte. Ueber die Bedeutung der Kommunalwahlen referierte Chefredakteur Dr. Geneke. Die Ausführungen eines sozialdemokratischen Diskussionsredners wurden durch letzteren scharf widerlegt.

i. Frauenstein, 21. Okt. Ortsbauernschaft und Zentrumswahlverein halten am Samstag, den 25. Okt., abends 7 Uhr, im Gasthaus „Zur Burg" eine gemeinschaftliche Versammlung ab.

i. Hattenheim, 21. Okt. Herr Lehrer Köppler ist ab 1. Dezember zum Hauptlehrer ernannt.

i. Hallgarten, 21. Okt. Donnerstag, den 22. Okt., abends 7,30 Uhr, findet in der „Winzerhalle" eine Zentrumsversammlung statt. Ein auswärtiger Redner hat zugesagt.

i. Aulhausen, 21. Okt. Nachdem Herr Lehrer stud. phil. Karl Kraus aus dem Schuldienst ausgeschieden ist, ist ab 1. November hier eine katholische Lehrerstelle neu zu besetzen.

ö. Lorch, 17. Okt. Die Versteigerung der Traubenerescenz aus den Weinbergen der Stadt Lorch erbrachte 1450 Mark für die Ohm (200 Liter Maische). Steigerer war Winzer Jos. Math. Schilson hier.

u. Oberlahnstein, 20. Okt. Am Samstag abend brach auf dem Hof „Biebrich" Feuer aus. Scheune und Nebengebäude brannten nieder; die Wohnhäuser sind stark beschädigt. — Der hier stationierte Bahnhofsvorsteher Herr Beißel ist für den in den Ruhestand getretenen Herrn Bahnhofsvorsteher Grützmacher nach Bahnhof Oestrich-Winkel berufen.

Vom Rhein, 21. Okt. Die deutsche Rheinflotte wird nach dem in den nächsten Tagen in Kraft tretenden Friedensvertrag einen erheblichen Teil ihres Bestandes an die Verbandsländer abzugeben haben. Um die damit zusammenhängenden schwierigen Fragen sachgemäß zu bearbeiten und einen genauen Ueberblick bei den kommenden Verhandlungen zu haben, ist die niederrheinische Handelskammer in Duisburg-Ruhrort, wo sich der Hauptstapelplatz am Rhein und der Ausgangspunkt der Rheinschiffahrt befindet, bereits seit längerer Zeit mit der Aufstellung eines Verzeichnisses der deutschen Rheinflotte, umfassend die gesamten in Deutschland beheimateten Schleppkähne nach Größe, Beschaffenheit, Ladefähigkeit usw. der Schleppdampfer, Güterdampfer, sowie der Personendampfer, ebenfalls geordnet nach Tonnengewicht, Dampfkraft usw., beschäftigt. Neuerdings sind verschiedene Regierungskommissare aus Berlin zu den Arbeiten, die als Grundlage für die Abgabe dienen sollen, mit herangezogen worden. Das auf dem Rhein vorhandene schwimmende Schiffsmaterial deutscher Nationalität stellt ein Kapital von einigen hundert Millionen dar. Es dürfte sich um etwa 700 Dampfer, meist Schraubendampfer, mit einer Maschinenleistung von weit über 100 000 Pferdekräften und etwa rund 4000 Schleppkähnen mit mehreren Millionen Tonnen Ladefähigkeit handeln. Eine ganze Reihe der Schiffe befindet sich bereits seit längerer Zeit im Dienste der Alliierten.

i. Bleidenstadt, 21. Okt. Die Zentrumspartei hält am Freitag, den 23. Okt., abends 8 Uhr, im Conradischen Saale eine öffentliche Wählerversammlung ab. Herr Chefredakteur Dr. Geneke wird über die Kommunalwahlen sprechen.

Frankfurt a. M., 20. Okt. Aus dem Güterzuge Mannheim—Frankfurt warfen in der Nähe von Mörfelden Angehörige vom Zugpersonal vier schwere Kisten mit Zigaretten im Werte von 25—30 000 Mk. auf die Bahnböschung. Hier standen bereits Helfer bereit, die die Kisten in Empfang nahmen und mit ihnen im Waldesdunkel verschwanden. Obwohl der Zug sofort zum Halten gebracht wurde, blieb die Verfolgung der Räuber doch ergebnislos. — Vom Güterbahnhof wurde am Donnerstag ein angeblich leerer Güterwagen nach dem Hauptbahnhof rangiert. Als der Wagen dann wie von ungefähr einem Fernzuge angehängt werden sollte, sah man nach und entdeckte, daß der Wagen Seide, Zigaretten und Kakao im Werte von fast 400 000 Mark barg, die nach Norddeutschland verschoben werden sollten. Das wertvolle Gut verfiel der Beschlagnahme.

Falkenstein, 20. Okt. Die Beteiligung an der Gemeindevertreterwahl war, wohl infolge der Einigung auf einen Wahlvorschlag, sehr gering. Von den 506 Wahlberechtigten machten nur 90 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Gewählt sind fünf Mitglieder des Zentrums, vier Sozialdemokraten, zwei Demokraten und ein Deutschnationaler.

Neuenhain, 20. Okt. Gewählt wurden hier: drei Zentrum, drei Volksparteiler, ein Demokrat, fünf Sozialdemokraten zu Gemeindevertretern.

g. Fischbach, 19. Okt. Die heute vorgenommenen Gemeindevertreterwahlen hatten folgendes Ergebnis: Bürgerliche Kandidaten 154 Stimmen (sechs Vertreter), Sozialdemokraten 156 Stimmen (sechs Vertreter). Nach der alten Zusammensetzung haben die Sozialdemokraten zwei Sitze gewonnen. Gegenüber den Nationalwahlen haben die Sozialdemokraten 154 Stimmen verloren, die Bürgerlichen 48 Stimmen. Das Zentrum hatte (leider D. R.) keine Liste aufgestellt. Der weitaus größte Teil der Zentrumswähler ging nicht zur Wahlurne, so daß der Stimmenzuwachs der Bürgerlichen nur auf Kosten der Mehrheitssozialisten zu buchen ist; viele früheren sozialdemokratischen Wähler

Wem nie durch Liebe Leid geschah

Roman von H. Courths-Mahler.

35) Nachdruck verboten.

Unruhe und Aufregung machten es Hans Ulrich fast unmöglich, sich an der Unterhaltung zu beteiligen. Er setzte sich in eine der tiefen Fensternischen und ließ seinen Blick über die Gesellschaft gleiten. Und da fiel ihm auf, daß zwischen Graf Joachim und seiner Schwester recht sonderbare, verstohlene Blicke gewechselt wurden. Er hatte schon einigemale bemerkt, daß Ursula das Blut ins Gesicht schoß, wenn von Graf Joachim die Rede war. Sollte sich zwischen diesen beiden jungen Menschen etwas anspinnen? Das würde ihn herzlich freuen. Graf Joachim war ihm lieb und wert. Ihm hätte er gern die Schwester fürs Leben anvertraut, denn trotz seines sonnigen Temperaments war er ein zuverlässiger, ehrlicher Mensch von tadelloser Gesinnung.

Diese Beobachtung lenkte Hans Ulrich ein wenig von seinen stürmenden Gedanken ab.

Und dann sah er, daß Baroneß Karla Graf Joachim an ihre Seite fesselte und mit ihm kokettierte. Seine Schwester stand abseits und beobachtete das mit angstvollen Augen.

Da war Hans Ulrich zumute, als müsse er seine junge Schwester hilfreich beistehen. Er faßte sich schnell entschlossen und trat zu Graf Joachim und der Baronesse heran. Mit großem Geschick verwickelte er diese in eine Unterhaltung. Baroneß Karla triumphierte. Sie glaubte nun das rechte Mittel gefunden zu haben, Hans Ulrich aus seiner Ruhe aufzuscheuchen und ihn an sich zu fesseln. Eifersüchtig wollte sie ihn machen.

Ein Weilchen kokettierte sie noch mit Graf Joachim, um Hans Ulrich noch mehr zu reizen. Dann sie hatte die Genugtuung, zu sehen, daß er sich immer mehr bemühte, sie von Graf Joachim abzulenken.

Endlich gelang es diesem aber, sich von der Baronesse los zu machen. Er sah Ursula allein am Fenster stehen und trat schnell auf sie zu. Die Baronesse sah, daß es befriedigt in Hans Ulrichs Augen aufleuchtete. Das bestärkte sie in ihrer Hoffnung. Hans Ulrich unterhielt sich jetzt auch sehr lebhaft mit ihr und machte ihr einige Komplimente. Er opferte sich für seine Schwester. Und da er doch nicht mit Christa plaudern konnte, war es ihm gleich, mit wem er sprach.

Die alten Herrschaften saßen inzwischen um einen Tisch und unterhielten sich, wie es zwischen guten Freunden üblich ist. Christa ordnete draußen auf der Veranda den Teetisch. Man wollte nachher draußen den Tee einnehmen, und sie hatte das Verlangen, sich zu beschäftigen.

Bald darauf wurde der Tee eingenommen.

*

Die jungen Herrschaften hielten nicht lange am Teetisch aus. Graf Joachim schlug einen Spaziergang in den Park vor. Sein Vorschlag wurde sofort angenommen.

Christa trat an die Verandabrüstung.

„Wollen Sie uns nicht begleiten, Fräulein Hellmut?" fragte Graf Joachim.

Christa schüttelte den Kopf.

„Mein Amt hält mich hier fest, Herr Graf," sagte er abwehrend.

Graf Joachim sah Christa unsicher an; aber in ihren Augen lag ein Blick, der ihn bat, sie sich selbst zu überlassen.

Hans Ulrich hatte gehofft, daß Christa sich ihnen anschließen würde. Nun ging er wenig froh neben der Baronesse her. Graf Joachim und Ursula gingen voraus. Ursula schwärmte Graf Joachim vor, was für ein schönes, liebes und herrliches Mädchen Fräulein Hellmut sei. Er hörte ihr mit heimlicher Rührung zu.

„Ich finde es schön von Ihnen, Fräulein Ursula, daß Sie Fräulein Hellmuts Vorzüge so ehrlich anerkennen."

Sie sah ihn groß an.

„Warum sollte ich es nicht."

„Nun, junge Damen pflegen sonst nicht von ihren Geschlechtsgenossinnen zu behaupten, daß sie schön, entzückend und herrlich sind."

Ursula lachte.

„Würde Fräulein Hellmut in Ihren Augen weniger Vorzüge besitzen, wenn ich sie nicht zugeben würde?".

„Nein, gewiß nicht."

„Nun also!"

„Nein — gar nicht: Nun also! Ich finde es sehr hübsch von Ihnen. Ueberhaupt — Sie sind ein ganz holder Mensch, Fräulein Ursula. Früher, als wir so zwanglos herumtollten, Sie als zerzauster Backfisch, ich als „Junker Uebermut", wie Sie mich immer nannten, da habe ich wohl schon gemerkt, daß Sie bei aller Freimütigkeit ein gutes, großes Herz haben. Aber jetzt kommt mir das noch viel mehr zum Bewußtsein."

Sie lachte verlegen.

„Sie sagen Freimütigkeit, Graf Joachim, und meinen Ruppigkeit."

„Aber nein, Fräulein Ursula — ganz gewiß nicht!"

Sie winkte hastig ab.

„Sie brauchen nichts zu beschönigen; ich weiß, daß ich ein ganz ruppiger, struppiger Wildfang war. Mamuschka hatte ihre liebe Not mit mir — und hat sie zuweilen noch. Aber ein wenig vernünftiger bin ich jetzt doch geworden, und daran ist Fräulein Hellmut schuld. Früher stellte mir Mamuschka immer Baroneß Karla als Vorbild hin. Aber diesem Vorbild wollte ich um keinen Preis ähnlich werden. Ganz mit Fleiß gab ich mich immer anders, als Karla war. Ihre Sanftmut reizte mich, weil — aber nein — das will ich nicht sagen. Aber Fräulein Hellmut, die habe ich mir ganz allein zum Vorbild genommen. So, wie sie ist, möchte ich werden, aber das wird mir natürlich nie ganz gelingen. Sie ist ein ganz wundervolles Geschöpf — finden Sie nicht auch?"

Er sah sie mit einem sonderbaren Blick an.

„Ich finde, daß Sie ihr schon sehr ähnlich sind — wenigstens indezug darauf, daß Sie ein ganz wundervolles Geschöpf sind."

Er sagte dies so warm und ehrlich, daß sie ihn ganz erschrocken ansah und dann vor seinem Blick die Augen senkte.

„So müssen Sie nicht zu mir sprechen, Graf Joachim," sagte sie leise.

„Warum nicht? Zürnen Sie mir deshalb? War ich zu kühn?"

Sie atmete tief auf.

„Ach nein — wie sollte ich zürnen?! Es ist ja so schön, was Sie sagen — aber viel zu schön für mich. Ich bin an solche Komplimente nicht gewöhnt."

„Es war kein Kompliment, Fräulein Ursula, sondern meine ehrliche Meinung."

Sie wehrte sich gegen ihre Verlegenheit wie gegen einen Feind.

„Wenn ich nun eitel werde, Graf Joachim, dann sind Sie schuld," sagte sie halb lachend, halb ernsthaft.

„Diese Schuld nehme ich gerne auf mich."

Sie schwiegen nun eine Weile. Graf Joachim sah auf seine junge Begleiterin herab. Sie ging gegen ihre Gewohnheit, mit ernstem Gesicht und niedergeschlagenen Augen neben ihm her.

„Fräulein Ursula — darf ich morgen vormittag nach Frankenau kommen?" fragte er nach einer Weile.

Sie blickte rasch auf. Ihre Augen leuchteten freudig auf.

„Ach ja — kommen Sie — ich freue mich drauf! Wir haben prachtvolle Frühbirnen und Aprikosen. Und von den großen Herzkirschen gibt es auch noch welche. Sogar Erdbeeren können Sie noch haben — die haben Sie früher am liebsten gegessen."

„Das wissen Sie noch."

„Natürlich. Mamsell mußte uns doch immer Schlagsahne dazu zum Spitzelkammerfenster herausreichen, und dann saßen wir in der kleinen Laube an den Erdbeerfeldern und schmausten miteinander."

„Richtig! Mamsell sträubte sich erst immer ein bißchen, uns Sahne schlagen zu lassen. Sie meinte, so außer der Zeit sei das schädlich. Aber es hat uns nichts geschadet."

„Nein, gar nichts. Und wir werden schon wieder Sahne von ihr bekommen."

„Also ich werde mich morgen einfinden, zu allen Schandtaten bereit."

Sie strahlte.

„Famos! Wie lange haben Sie Urlaub?"

„Leider nur eine Woche, und selbst dieser kurze Urlaub wurde mir nur ungern bewilligt."

wählten diesmal bürgerlich. Zentrum und Bürgerliche hätten die meisten Stimmen auf sich vereinigen können, aber aus gewissen Gründen unterblieb die Aufstellung von Kandidaten. Das Zentrum hatte bei den Nationalwahlen 152 Stimmen erhalten. Gedrückte Stimmung herrschte bei den Sozzen, die auf 300 Stimmen gerechnet hatten. — An Stelle des zum Bürgermeister gewählten Polizeidieners Michael Schmidt wurde der Steinbrecher Anton Schmidt zum Polizeidiener gewählt und auch vom Landratsamt bestätigt.

Hadamar, 20. Okt. Die Tochter des Gymnasialdirektors Heun stürzte beim Aufspringen auf den schon fahrenden Frühzug nach Limburg ab, wurde überfahren und getötet.

Bpw Westerwald, 21. Okt. Anstelle des Herrn Geheimen Oberregierungsrats Dr. Paehler bis Herr Geh. Regierungsrat Dr. Gerstenberg, bisher in Posen, die Aufsicht über die Gymnasien in Montabaur, Limburg, Hadamar u. a. übernommen.

Katholikentag

Frankfurt a. M., 19. Okt.

Der heutige Sonntag stand unter dem Zeichen des Katholikentages. Am Vormittag fand im hohen Dom ein Festgottesdienst statt. Nachmittags 3 Uhr fand im Hippodrom die Riesenversammlung statt, welcher u. a. auch die Hochw. Herren Bischöfe Dr. Kilian von Limburg und Dr. Damian Schmitt von Fulda beiwohnten. Eröffnet wurde die Versammlung durch Justizrat Dr. Helfrich. Die Begrüßungsrede endete mit einem Hoch auf den hl. Vater. — Abg. Rektor Rheinländer sprach über christliche Erziehung und christliche Schule. Rettet die christliche Schule, das war die Losung der großen Rede. — Hofrat Dr. Beyerle-München behandelte die Stellung der Kirche zum Staate. — Pater Koch-Paderborn feierte den Bonifatiusverein.

Alsdann hielt der Hochw. Herr Bischof von Limburg Dr. Augustinus Kilian eine Ansprache an die Versammlung. Er führte ungefähr aus:

Ich möchte nur einen kurzen Rückblick auf die gehaltenen Reden werfen, einige Goldkörnchen herausfischen, sie ummünzen und in Umlauf bringen, d. h. mit einem Wort einige praktische Winke geben. Die erste Rede hat das Minimum unserer Forderungen für die christliche Schule und das Recht der Eltern festgelegt. Merkwürdig war es und selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie, als sie zur Herrschaft gelangt war, sofort begann an der Entchristlichung der Schule zu arbeiten, die Religion, wenn nicht ganz auszuschalten, so doch zu einem Nebenfach zu gestalten. Ihre Bemühungen waren vergebens. Sie hat sich verrechnet, denn sie hat nicht damit gerechnet, daß ein katholischer Volksteil lebt, der sich das Recht seiner Kinder auf katholische Erziehung nie und nimmer rauben läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden niemals dulden, daß unsere Kinder in Zwangsschulen eingepreßt, wo ihr Glaube gefährdet ist (stürmischer Beifall) oder von ungläubigen Personen unterrichtet werden, die das niederreißen, was in mühevoller Weise im Elternhaus an christlicher Erziehung und Sitte aufgebaut wurde. Dank gebührt auch den katholischen Lehrern und Lehrerinnen, die auch nach der Revolution im christlichen Sinne ihres Amtes walteten, und ich schließe mich als Bischof der Diözese diesem Dank von ganzem Herzen an. (Beifall.) Leider gibt es auch Lehrer, die meinen, daß unsere Kinder nur für sie und ihre Schule da seien. Sie sollen den Bogen ja nicht überspannen. Ihnen sage ich: Elternrecht geht vor Schulrecht, Naturrecht geht vor jedes Staatsrecht! (Stürmischer Beifall.) Keine Gewalt kann uns zwingen, unsere Kinder gottlosen Schulen anzuvertrauen. Wenn dies geschehen sollte, werden wir deutschen Bischöfe und Priester uns nicht scheuen, dem entfesselten neuen Kulturkampf mit aller Energie entgegenzutreten. (Beifall.) Im alten Kulturkampf errangen die Geistlichen um viel geringere Güter schwere Gefängnisstrafen, wir werden ihrer würdig sein. (Beifall.) Der Geist der Kraft und des Martyriums wird uns beseelen. Ich weiß, daß das katholische Volk in dieser Frage einmütig zu seinen Führern stehen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Auch der gläubige Teil der Protestanten nimmt denselben Standpunkt ein, und wir hoffen, daß sie mit uns Schulter an Schulter kämpfen werden. (Beifall.) Selbst Anhänger der Sozialdemokratie haben sich auf unsere Seite in dieser Frage gestellt und unsere Protestadresse gegen den geplanten Schulkampf unterschrieben. Unser Protest ist jetzt noch ein Bächlein, er wird zu einem Strome werden, der alles hinwegfegt, was der christlichen Erziehung entgegenstrebt. — Der zweite Redner behandelte die Frage, ob ein Katholik mitwirken kann und soll an dem Ausbau unseres neuen Staatswesens. Selbstredend mußte er diese Frage bejahen. Es liegt dies auch im Interesse unserer hl. Kirche, denn wenn wir dies nicht tun, hat die Kirche den Schaden. Zwar ruhen ihre Erfolge nicht im Wirken der Menschheit, dies beeinträchtigt nicht ihre Festigkeit. Ihr Wirken ruht auf festerem Grund, was mit den Worten gesagt wird: „Du bist Petrus und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen." Doch müssen wir mitarbeiten und die Gedanken und Absichten Gottes zu verwirklichen suchen. Der liebe Gott hat seiner Kirche eine Waffe gegeben, mit der sie immer siegreich bleiben wird. Dies ist der Glaube. Die Kirche ergreift auch jetzt das Banner des hl. Glaubens und wirft sich den Wogen entgegen: Wenn die Fluten sich verlaufen haben, wird sie im Siegesglanz dastehen.

Und dann der Bonifatiusverein! Was wären wir ohne denselben? 100 Millionen Mark hat er seit seinem Bestehen für kirchliche Zwecke gespendet. Ueber die neue Spende für Frankfurt wird jedes Herz mit Freude erfüllt. Man kann den Schmerz des Vereins begreifen, daß noch nicht der Grundstein zu der neuen Bonifatiuskirche gelegt wurde. Aber man muß hier die kühle Vernunft bewahren. Man kann augenblicklich die Kirche nicht bauen, wenn nicht eine ungeheure Schuldenlast der Gemeinde aufgebürdet werden soll. Der Bonifatiusverein hat sich durch seine Spende ein unauslöschliches Denkmal gesetzt. Deshalb ergeht an jeden katholischen Mann oder Jüngling, an jede Frau oder Jungfrau der Ruf: „Tretet ein in den Bonifatiusverein!" — Der heutige Katholikentag kommt mir wie ein lieber Freund und Mahner vor; er hat uns aus dem nationalen Elend emporgehoben zu lichtvollen Stunden. Er hat uns gezeigt, daß wir stolz sein können, ein Katholik zu sein und zu heißen. (Beifall.) Er hat auch auf unseren Beruf verwiesen, zu kämpfen. Nicht stolz sollen wir sein auf alles Wissen und jede Technik, nur an unsere unsterbliche Seele sollen wir denken und sie nicht vergessen. Schon Thomas a Kempis sagt, daß die Hauptaufgabe der Menschen sei, den Sieg über sich selbst zu erringen. Schließen wir uns daher fest an unsere Kirche an und geloben wir, ihren Lehren stets treu zu bleiben. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) — Dann spendeten beide Hochw. Herren Bischöfe der Versammlung gemeinsam den bischöflichen Segen, welcher kniend entgegengenommen wurde.

Das Schlußwort sprach Vizepräsident Oberlandesgerichtsrat Linz. Nachdem der Beifall verklungen war, sang die Versammlung: „Großer Gott, wir loben dich!" Und weit hinaus erklang der Gesang der Katholiken Frankfurts. Es klang aus ihm der entschlossene Wille zu festem Zusammenhalten im Kampfe um unsere heiligsten Güter, zu unverdrossener Mitarbeit der deutschen Katholiken an der segenbringenden Erneuerung in christlichem Geiste!

Zeichnet und sammelt für den Wahlfonds der Zentrumspartei

Beiträge werden im **Parteibüro im Kathol. Leseverein,** Luisenstraße 27 und in der **Rhein. Volkszeitung** dankbar angenommen.

Aus Wiesbaden

Die Stadt Wiesbaden auf der Kartoffelsuche

Langenschwalbach, 19. Okt. Der Arbeitsausschuß der Kreisbauernschaft hatte für heute die Vertreter der Bauernschaft aus der westlichen Kreishälfte zu einer Versammlung einberufen. An der Versammlung selber nahmen noch teil: Oberbürgermeister Gläßing-Wiesbaden, Bürgermeister Travers-Wiesbaden, Landrat von Trotha und als Vertreter der Landwirtschaftskammer Herr Direktor Eisinger. Herr Lehr-Idstein leitete die Versammlung. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erfolgte eine längere Aussprache über die Kartoffelversorgung. Herr Oberbürgermeister Gläßing erklärte, daß er in schwerster Not hierher gekommen sei, um die dringendste Bitte an die Kreisbauernschaft des Untertaunuskreises zu richten, die Stadt Wiesbaden mit der Kartoffellieferung nicht im Stiche zu lassen. Er sprach von den schweren Folgen, die kommen würden, wenn die Lieferungen nicht erfolgten; von dem Haß, der zwischen Stadt- und Landbevölkerung in diesem Fall treten würde, und wenn Hunger die Stadtbevölkerung auf das Land treibe, von dem drohenden Bürgerkrieg und den massenhaften Zuschriften, die die Wiesbadener Presse erhielte, mit Drohungen gegen die Bauern. Er erkannte an, daß die ursprüngliche Preisfestsetzung zu niedrig gewesen sei und hob hervor, daß Wiesbaden trotz erheblicher Bedenken sich über den von der Regierung festgesetzten Preis hinweggesetzt habe. Er wies darauf hin, daß jetzt der schwerste Winter bevorstehe, nach den langen Kriegsjahren, in denen die Stadtbevölkerung Not und Elend gelitten habe. Die Wiesbadener Bevölkerung hätte in dem ersten Friedensjahr nach langer Not die Hoffnung gehegt, daß es nun vorbei sei mit dem Elend und daß es aufwärts gehe mit der Ernährung. Diese Hoffnung dürfe nicht enttäuscht werden, denn diese Enttäuschung würde furchtbare Folgen haben und es stände einfach die Existenz des Staates auf dem Spiele, wenn die Ernährungsschwierigkeiten nicht beseitigt würden, wenn sie im Gegenteil durch die eigenen Volksgenossen noch erschwert würden. Es müsse vom nächsten Jahre ab die Regierung es zulassen, daß ein gemeinsamer Kommunalverband zwischen der Stadt und den mit ihr wirtschaftlich zusammengehörigen Landkreisen gegründet würde, daß schon im Frühjahr in gemeinsamer Beratung zwischen der Stadt und diesem Kreise bestimmt würde, welche Verpflichtung die Stadt dem Landkreise gegenüber übernehmen könne. Dann müßte der Bauer schon vor der Aussaat, mit was er zu rechnen hätte. Dann könne auch die Stadt ihre Verbraucher zur rechten Zeit wissen lassen, wie sie sich einzurichten hätten. Der Oberbürgermeister bat die Bauernschaften, der städtischen Bevölkerung über den schweren Winter hinwegzuhelfen. Man könne sich im übrigen auch nicht vorstellen, welche Folgen es hätte, wenn die Wiesbadener Kartoffellieferungsgesellschaft, bei der schon Hunderttausende für die Einkellerung eingezahlt seien, eines Tages erklären müßten, die Leute sollten ihr Geld wieder holen, es wären keine Kartoffeln da. Dies sei eine einfache Unmöglichkeit. Herr Bürgermeister Travers schloß sich diesen Ausführungen an. Er stellte dem Untertaunuskreis das Zeugnis aus, daß er während des Krieges seine Pflichten vollkommen erfüllt habe, und daß er der Ueberzeugung sei, daß der Kreis die Stadt in dieser schwersten Not nicht im Stiche lasse. Die Worte der beiden Bürgermeister verfehlten ihren Eindruck nicht und wurden von dem Leiter der Versammlung aufs wärmste unterstützt. Die Vertreter der Bauernschaften erklärten einmütig, angesichts solcher Notlage alles zu tun, die Kartoffeln restlos zu liefern. — Es wurde beschlossen, in allen Orten aus der Bauernschaft zusammengesetzte Kommissionen zu bilden, die die Bestände sofort aufzunehmen und für die Lieferung zu sorgen hätten. Es wurde versprochen, von nächster Woche ab so viel Kartoffeln zu liefern, daß die laufende Versorgung der Stadt gesichert sei. Herr Landrat v. Trotho erklärte, daß er nichts unversucht lassen werde, diesen Erfolg herbeizuführen. Der Vertreter der Landwirtschaftskammer, Herr Direktor Eisinger, sprach sich für die Gründung eines gemeinsamen Versorgungsverbandes mit der Stadt für das nächste Jahr aus.

Eine Wählerversammlung

der Zentrumspartei findet heute abend 8½ Uhr im Katholischen Gesellenhaus statt. In derselben sprechen unsere Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung, ferner Herr Pfarrer Dr. Hilfrich. Die Mitglieder und Parteifreunde des Zentrums werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Was wollen die Demokraten?

Im „Wiesbadener Tagblatt" ist über die Haltung der Demokraten in der Schulfrage zu lesen:

„Die nassauischen Demokraten sind der Ueberzeugung, daß bei der starken Mischung der beiden Konfessionen, die bei uns besteht, die alteingewurzelte Simultanschule das allein Ersprießliche sei. Für diese Ueberzeugung zu kämpfen, ist ihr gutes Recht."

Dieser Satz beweist schlagend, daß keine katholische Stimme der Liste, auf der die Demokraten stehen, zugute kommen darf. Die Haltung der Demokraten widerspricht der Verfassung, denn hier ist der Wille der Erziehungsberechtigten als maßgebend anerkannt. Wer für wahre Freiheit und für die Durchführung der Verfassung kämpft, muß für die Liste der Zentrumspartei stimmen.

Verbrauch von elektrischer Arbeit und Gas

Es wird auf die im Anzeigenteil veröffentlichten verschärften Einschränkungsbestimmungen verwiesen. Hiernach wird der Straßenbahnverkehr auf das allernotwendigste Maß vermindert und der Verbrauch der Kraftstromabnehmer auf 60 Prozent eingeschränkt. Läden dürfen bis 6 Uhr und Büros bis 5 Uhr nachmittags Licht verbrauchen. Die Polizeistunde wird für Kurhaus, Theaterfoyer und Offizierkasinos auf 11 Uhr und im übrigen für Restaurants und Kaffeehäuser auf 9,30 Uhr festgesetzt. Für Hotels gilt bezüglich der Gesellschaftsräume dasselbe wie für Restaurants und Kaffeehäuser. Gänzlich verboten sind Lichtreklame, Schaufensterbeleuchtung und Außenbeleuchtung von Geschäftshäusern, Hotels usw. Die Straßenbeleuchtung wird von 10,30 Uhr an auf die Hälfte vermindert.

Französische Theatervorstellung

Freitag, den 24. und Samstag, den 25. Oktober wird in Mainz und Wiesbaden „Britannicus" von Racine, eine der berühmtesten Tragödien des französischen klassischen Theaters, auf der Bühne wiedergegeben. Herr de Max von der „Comédie Française" wird die Rolle Neros spielen, mithin eine der beliebtesten Rollen des großen Schauspielers, dessen weltberühmter Ruf nicht mehr wachgerufen zu werden braucht. Frau Silvain von der „Comédie Française", die neulich in „Tartuffe" stürmischen Beifall erntete, und viele Schauspieler des „Odéon" haben ihre Mitarbeit zugesagt, so daß dieser Vorstellung ein großer Erfolg gesichert erscheint.

Konzert-Voranzeige

Der einheimische Komponist O. Trillhaase, der hier vor Jahren zuerst erfolgreich vor die Oeffentlichkeit trat, veranstaltet am 29. d. Mts. im Kasinosaal einen Kompositionsabend. Als Mitwirkende sind neben Frl. Engelerth und Kapellmeister Rother hervorragende Kräfte des Nass. Landestheater-Orchesters gewonnen.

Kulturamt Wiesbaden

Das Kulturamt Wiesbaden für die Kreise St. Goarshausen, Untertaunus, Obertaunus, Rheingau, Wiesbaden-Stadt und Land, Höchst a. M., Frankfurt a. M.-Stadt und Usingen, ist gemäß Erlaß des Landwirtschaftsministers mit Wirkung vom 1. Okt. 1919 ab errichtet worden. — Das Landeskulturamt in Cassel tritt an die Stelle der Generalkommission, das Kulturamt in Wiesbaden an die Stelle der Spezialkommission für die Güterkonsolidation.

Friseur-Innung

Die allgemeine Friseur-Pflichtinnung zeigt in heutigen Anzeigenteil die Erhöhung der Bedienungspreise an und begründet dieses durch die allgemeine Teuerung und die stark gestiegenen Ausgaben für Wäsche, Heizung usw., insbesondere auch durch die neuerdings eingetretenen Lohnerhöhungen für das Personal, hat sich die Innung gezwungen gesehen, die Bedienungspreise um 25—30% zu erhöhen. Der Preisaufschlag wurde so gering bemessen, als dies mit dem Existenzinteresse des Friseur-Gewerbes überhaupt vereinbar war, und bleibt hinter den Aufschlägen, die andere Berufe und Gewerbe haben eintreten lassen, beträchtlich zurück.

Dienstjubiläum

Am 22. Oktober begeht Herr Wilh. Schäfer sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Verwaltung der städtischen Wasser- und Lichtwerke.

Goldene Hochzeit

feiern am 24. Okt., körperlich und geistig rüstig, die Eheleute Gärtnereibesitzer Christian und Elise Brömser, geb. Kallmann. Auch sind es an diesem Tage 50 Jahre, daß Herr Brömser sein Geschäft gründete. Als Seltenheit mag noch erwähnt werden, daß die Eltern des Jubilars im Jahre 1892 und die Großeltern im Jahre 1854 ebenfalls dieses seltene Fest feiern konnten.

Schwurgericht

Gestern hatten sich die jugendlichen Arbeiter Friedrich Wildemann und August Breitenbach aus Biebrich vor den Geschworenen wegen Straßenraubs zu verantworten. Der Dritte im Bunde, Taglöhner Julius Bielke aus Wiesbaden, fehlte heute, er ist vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis ausgebrochen. Dem Kleeblatt wird zur Last gelegt, in der Nacht zum 25. August einen hier von der Reise eingetroffenen Buchhändler aus Berlin in der Lessingstraße überfallen und ausgeraubt zu haben. Den Plünderern fiel eine Brieftasche mit 500 Mark Inhalt, eine Taschenuhr und das Zigarrenetui in die Hände. Die Ausraubung erfolgte derart, daß zwei ihm die Revolver vorhielten und drohten, während der Dritte die Taschen des Ueberfallenen durchwühlte. Nach der Tat begaben sich die Räuber nach dem Roudell, wo man den Raub teilte, und dann von Biebrich mit dem Frühzug nach Frankfurt. Wieder nach hier zurückgekehrt, erfolgte die Verhaftung gleich im Bahnhof. Urteil: Breitenbach fünf Jahre Zuchthaus, Bielke drei Jahr Gefängnis.

Standesamtsnachrichten

Sterbefälle. Am 18. Okt.: Rentner Karl Müller, 59 Jahre; Bureau-Angestellter Hermann Lohmaier, 49 J.; Witwe Luise Meyer geb. Wagner, 64 J.; Zimmermeister Friedrich Rossel, 85 J.; Stütze Christiane Walkadenstein, 23 J. — 19.: Witwe Emma Schaer geb. Schulz, 80 J.; Geh. Justizrat e. D. Wilhelm Stahl, 77 J.; Ehefrau Wilhelm Hankel geb. Höhn, 45 J.; Witwe Johanette Kaesebier geb. Mank, 92 J. — 20.: Pfründner Johann Marwan, 69 J.

Nass. Landestheater

Zur Feier von Friedr. v. Schillers 160. Geburtstag wird einem lange gehegten Wunsche des Publikums und der Intendantur entsprechend, unter Regie des Herrn Wittman die gesamte Wallenstein-Trilogie einstudiert. Es ist beabsichtigt, das ganze Drama am Sonntag, den 9. November, in zwei durch eine 1½stündige Ruhepause von einander getrennten Aufführungen zu geben, um auch einmal denen, die wochentags nur selten oder gar nicht das Theater besuchen können, die Möglichkeit zu bieten, dieses Schiller'sche Hauptwerk im Zusammenhang zu genießen. „Wallensteins Lager" und „Die Piccolomini" werden voraussichtlich um 2 Uhr, „Wallensteins Tod" um 7 Uhr beginnen.

* Kurhaus. Da für heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, im großen Saale ein Französisches Konzert anberaumt ist, muß das Abend-Abonnementskonzert an diesem Tage ausfallen.

Toni

Die glückliche Geburt eines Stammhalters zeigen hocherfreut an

Drogist Anton Müller und Frau
Marguerite geb. Klein
z. Zt. Rotes Kreuz.

Wiesbaden, 20. Oktober 1919.

Statt Karten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verluste sagen wir aufrichtigsten Dank.

Familie Schönleber.

Wiesbaden, 20. Oktober 1919.

Verordnung

über die Einschränkung des Verbrauchs von elektrischer Arbeit und Gas.

Im Einvernehmen mit der französischen Behörde werden von heute ab nachfolgende Einschränkungen im Verbrauch von elektrischer Arbeit und Gas eingeführt:

1. Der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen wird im Innern der Stadt vermindert. Während der Verkehrsstunden für Arbeiter sind die Linien: Kurhaus-Mainz, Kurhaus-Sonnenberg, Hauptpost-Biebrich, Altes Museum-Bierstadt-Dotzheim, Victoriahotel-Erbenheim in vollem Betrieb aufrecht zu erhalten.

Beschränkter Verkehr auf diesen Linien bleibt für den Rest des Tages bestehen.

2. Privathäuser. Ein monatlicher Höchstverbrauch wird je nach der Bedeutung und der Anzahl der Lampen festgesetzt. Dieser Verbrauch wird zu Anfang eines jeden Monats nach dem Verbrauchsmesser geprüft werden.

3. Der Verbrauch von Elektromotoren und anderen Kraftstrom verbrauchenden Apparaten ist in der Zeit von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr morgens verboten. Sämtliche Kraftstromabnehmer werden auf 60 Prozent des Verbrauches im Jahre 1916 eingeschränkt.

4. Der Verbrauch von elektrischem Licht und Gas in den Ladengeschäften ist bis auf weiteres von 6 Uhr abends an untersagt. Die Ladengeschäfte sind daher um 6 Uhr abends zu schließen. Die Inhaber der Ladengeschäfte dürfen in ihren Privatbüros elektrisches Licht und Gas bis 7 Uhr weiterbenutzen, jedoch ist diese Beleuchtung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

5. Restaurants und Kaffeehäuser. Die Polizeistunde wird für das Kurhaus, das Theaterfoyer und die Offizierskasinos auf 11 Uhr und für alle übrigen Lokale auf 9 Uhr 30 festgesetzt.

6. Für die Hotels gelten dieselben Einschränkungen wie für Restaurants und Kaffeehäuser, soweit die Restaurants, Empfangsräume und andere zur gemeinsamen Benutzung vorhandenen Räume in Frage kommen. Außerdem sind die Eigentümer angehalten, eine scharfe Kontrolle über den Lichtverbrauch in den Einzelzimmern auszuüben. Es ist für die Folge ein monatlicher Höchstverbrauch nach der durchschnittlichen Anzahl der Reisenden ins Auge zu fassen.

7. Vergnügungsstätten, Konzerthäuser, Lichtspielhäuser, Theater. Hierüber werden noch besondere Verordnungen ergehen.

8. Die deutschen Verwaltungen und Büros jeder Art dürfen elektrisches Licht und Gas nur von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags benutzen.

9. Die Beleuchtung von Firmenschildern, die Schaufensterbeleuchtung, die Lichtreklame und die äußere Beleuchtung von Geschäftshäusern, Hotels, Restaurants, Kaffeehäusern usw. sind verboten.

10. Die Straßenbeleuchtung wird von 10,30 Uhr an um die Hälfte vermindert.

Wiesbaden, den 21. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Lebensmittel-Verteilung

Berichtigung

Unter der Rubrik Sonderverteilung (nur an Einwohner) muß es heißen 50 Gramm Kandiszucker, nicht 250 Gramm.



Preiserhöhung im Friseurgewerbe

Laut Beschluß und mit Genehmigung der franz. Behörde werden die jetzt bestehenden Bedienungspreise um 25—30 Prozent erhöht

Allgemeine Friseur-Pflicht-Innung.

Institut Worbs

Privat-Schule mit kl. Kl. für Knaben. Unterr. d. Gymn. u. Realanst. **Vorb.-Anstalt** auf alle Schul- u. Militärexpr. Aufn. vom 7. J. an. Mädch. m. priv. o. i. Cl. vorb. **Sprachlehranst. a. f. Ausländer. Arbit.** in allen Fächern b. ob. Klasse einzeln. Sämtl. Prim.-Unterr., auch f. Damen. Ferienkurse f. Vorbild.-Unterricht. Leiter: **Worbs**, Dr. oder d. Oberl.-Zeugnisse. Adelheidstraße 46, Eingang Oranienstraße 20

Bekanntmachung

Zufolge Erlaß des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 1. Oktober ds. Js. ist auf grund des § 8 des Gesetzes über Landeskulturbehörden vom 3. Juli 1919 — Gesetz-Sammlung Seite 101 —

das Kulturamt in Wiesbaden

für die Kreise: St. Goarshausen, Untertaunus, Obertaunus, Rheingau, Wiesbaden-Stadt und Land, Höchst a. M., Frankfurt a. M.-Stadt, Usingen mit Mitwirkung vom 1. Oktober 1919 ab errichtet worden

Cassel, den 3. Oktober 1919.

Der Präsident des Landeskulturamtes.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 17. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Große Wirtschafts-Inventar-Versteigerung

Am Freitag, den 24. und Samstag, den 25. Oktober dieses Jahres, jeweils vormittags 9.30 und nachmittags 2.30 Uhr beginnend, läßt Herr Jakob Koob wegen Aufgabe des Geschäftes sein gesamtes Wirtschafts-inventar

Schiersteinerstr. 68 (Jägerhaus)

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern, als

großer Posten Gartentische und Stühle, 2 Bierbüffets m. Pressionen, 3 Apfelleitern, 1 Apfelmühle, 5 Manometer, 1 Kaffee- und 1 Fleischmaschine, 3 gr. Eisschränke, 1 Dezimal- und 1 Küchenwage, ¾ Stck. Fässer und Bütten, Beleuchtungskörper für Gas und Elektr., Betten, Kleiderschränke, Nacht- und Waschtische, Spiegel, 1 Gartenhaus m. Schieferdach, Schilder, 1 Kegelspiel m. Kugeln, 1 Leiterwagen, zirka 2000 Wein-, Bier- und Apfelweingläser, Teller, Tassen, Gabeln, Messer und Löffel, gr. und kl. Kochtöpfe, Bieruntersätze, Aschenteller, zirka 5000 Papiermaschéeteller, Bettücher, Tischtücher, Servietten, zirka 60 Strohsäcke, 1 Waschmangel, 1 Herrenfahrrad m. Ber., 1 gr. Posten Brennholz und vieles andere mehr.

Besichtigung vor Beginn.

Friedrich Krämer

Auktionator und Taxator.

Neugasse 22. Telefon 3870.

Geschäftszeit von 9—12 und 2—5 Uhr.

Versteigerung von Grundstücken.

Montag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, sollen in meiner Kanzlei, Adelheidstraße 34 I., folgende zum Nachlaß der Eheleute August Jakob Sternberger gehörige Wiesbadener Grundstücke:

Wohnhaus Schiersteinerstr Nr. 2
„ Neudorferstr. „ 8

im Auftrage des Testamentsvollstreckers öffentlich meistbietend versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen können in meiner Kanzlei an jedem Werktage, vormittags von 9 bis 12 und nachmittags (außer Samstags) von 3 bis 5 Uhr eingesehen werden.

Der Notar:

Dr. Arthur Fleischer, Justizrat.

Fässer- und Herbstgeräte-Versteigerung

Am Freitag, den 24. Oktober, vormittags 10 Uhr beginnend, versteigere ich im Auftrage der Renzer'schen Weinkellerei zu Rüdesheim a. Rh., im Hofe der genannten Firma folgende Gegenstände:

40 Stückfässer
8 Halbstückfässer; ferner:

Kegel, Herbstbütten, eine Kelter mit Zubehör, zirka fünf Cbm Eichen- und Rüstschneidholz, Bau- und Möbelholz, teilweise mit Verglasung, u. v. m.

Die Gegenstände können am Donnerstag von 9 Uhr vormittags an besichtigt werden.

Rüdesheim a. Rh., den 20. Oktober 1919.

Schoenen

Gerichtsvollzieher zu Rüdesheim a. Rh.

Ich habe mich hier als Arzt für innere Krankheiten niedergelassen.

Dr. med. W. Lomnitz

Taunusstraße 5, I., Telefon 6007.

Sprechstunde: 9—10, 3—4. Röntgenlaboratorium

Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen

Dr. Roth

Tierarzt.

Luisenstr. Telefon 868. Sprechstunde 3—4.

van Baerle's

Bleichsoda

ist wieder zu haben.

van Baerle & Co., Worms a. Rh. Gegr. 1838

1 Waggon

la neue holländische

Vollheringe

Stück 60 Pfg.

eingetroffen in den Verkaufsstellen von

Adolf Harth.

Bleiweiß

Lithoponeweiß, blau, grün, rot, lichtecht, trocken und in Leinöl angerieben, dick und streichfertig, empfiehlt gut

Georg Spies-Schmitt, Mainz

Farben- u. Lackfabrik, Neckarstrasse 3

Fernsprecher 570.

Generalvertreter: Paul Bitter, Bingen.

Spielwaren-Handlungen!

ergänzen ihre Bestände am besten durch sofortigen Einkauf bei

R. Haselhuhn, Edenkoben Rhpf., (i. besetzt. Geb.)

Lagerbesuch empfohlen!

Abtlg. I: Mech., Draht-, Lackierwaren etc.

Abtlg. II: Spielwaren etc.

Probesendungen in beliebiger Höhe auf feste Rechnung

„Wintergarten“

Größtes und vornehmstes Konzert- und Ballhaus

Schwalbacherstr. 8 WIESBADEN Ecke Rheinstraße

Heute Mittwoch, den 22. und Donnerstag, 23. Oktober 1919 abends 8 Uhr:

Valse-Boston-Konkurrenz

I. Preis 500 Mk. II. Preis 300 Mk. III. Preis 100 Mk.

Die Eintragungsliste liegt an unseren Ball-Abenden an der Kasse auf. Schriftliche oder mündliche Anmeldungen nimmt auch das Büro des „Wintergarten“ entgegen.

Die Galerie ist für Zuschauer geöffnet

Preisrichter ist das Publikum

Eintrittspreise:

Saal: 3 Mark. Galerie (kein Trinkzwang) 4 Mark

Leitung des Konzert- u. Ball-Orchesters: Kapellmeister **CASELLA**

Wir nehmen Zeichnungen auf die neue z. Zt. aufliegende

4% Trierer Stadtanleihe von 1919

entgegen. Prospekte bitten wir in unserer Börsenabteilung einzusehen oder anzufordern.

Der Ausgabekurs beträgt 99½ %.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Puppenperücken

werden angefertigt. Auch von ausgekämmten Haaren.

Reß, Wiesbaden, Marktstraße 13.

Park-Diele

Wiesbaden, Wilhelmstraße 36, Telefon 6349

Heute:

Neues Programm!

Stellengesuche

Junge Lehrerin

kath., sucht Stelle als Hauslehrerin oder Gesellschafterin. Angebote unter 5313 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Jg. Mädchen sucht Stelle als **Lehrlochin** in kl. feins. Hotel oder Fremdenpension, am liebsten mit Familienanschluß. Off. m. Angabe des Pensionspreises erb. u. 5368 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Offene Stellen

Kollektanten

(auch Damen) von kath. autorisiertem Verein für Hausbesuche gesucht. Angeb. mit **M. H. 19** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zimmerleute

für dauernde Beschäftigung **gesucht.**

Joh. Gg. Müller Nachf., Zimmergeschäft

Mainz, Rheinallee 97.

Alleinmädchen

gesucht Frau Rektor Bertram, Rüdesheim am Rhein.

Für kl. Familie, 2 Personen **gewandtes Zweitmädchen** ges. 7—9 vorm. u. 1—4 nachm. **Vorsanger**, Bleichstr. 50.

Junge Mädchen können das **Wäschenähen u. Zuschneiden** gründl. erlernen. 10 M. monatl. Näheres zwischen 3—6 Uhr **Schwalbacher Str. 6, IV links** bei **Frl. Schramm.**

Verkäufe

Weiße Westen und verschied. andere Sachen verk. Hellmundstr. 41 II.

2 mittlere und 2 große **Herde** und 2 Dauerbrandöfen zu verkaufen. **Oskar Löhr**, Friedrichstraße 29.

5 Kleiderschränke, 2 Chaiselongue, pol. Komode, Waschkomode, verschied. Tische, Bilder billig zu verkaufen. **Schorndorf**, Friedrichstr. 3 pt. an der Bleichstr., Wiesbaden.

Steintöpfe

bis 80 Ltr. Inh., per Ltr. 55 Pf.

Steinschüsseln, bis 30 Ltr.

Rahmtöpfe, Gährspunden, Apfelweinkrüge, Bierkrüge, Tabaksdosen, Butterdosen.

Julius Mollath

Schulberg 2.

Ankäufe

Photogr. Apparate, Geigen, Cellos, auch defekte, **Kinos, Films,** elektr. und mechan. bessere **Spielsachen** kauft zu zeitgemäßen Preisen **Zimmermann,** Wiesbaden, Webergasse 25 Fernruf 3253.

Kaufe Altmaterial:

Lumpen, gestrickte Wollappen, Papier zum Einpampen, Zeitungen und Metall. Zahle Höchstpreise

J. Gauer

Wiesbaden, Helenenstraße 18, Telephon 1932.

Ein noch gut erhaltener **Schlitten** mit Geschirr, einspännig, zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preisan **Müller, Biebrich**, Gangasse 28

Korken

Flaschen, Papier, Lumpen, Metalle

kauft stets zu höchst. Preisen

Acker,

Wiesbaden, Wellritzstraße 21 Tel. 3030 Postsch.-K. 19689

Verschiedenes

Solides Fräulein sucht 2 unmöbl. Zimmer für 1. November. Off. unter 5312 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Gestern abend wurde ein schwarzer Fuchspelz in der Moritzstr. bis zum Ring verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben Moritzstraße 17, Laden.

Jedes Quantum **Wolle zum spinnen wird angenommen.** Verkauf u. Tausch ganz. **Stiehl**, Biebrich, Wiesbadenerstr. 13.

Herren- u. Damen-Hüte

Filz u. Velour, werden schnell und billig **gereinigt**, kassiniert und umgearbeitet,

Bertha Gerhard, Wiesbaden Blücherstraße 6. Tel. 3164

Tanz-Unterricht

(Einzel- und in Kursen) jederzeit, auch Sonntags, Walzer u. Rheinländ. in 2—3 Stund.

Privat-Tanzlehr-Institut

W. Klapper u. Frau

Kl. Schwalbacherstr. 10, Eingang Wartturmstraße, neben Kammerlichtspiele, Wiesbaden

Sie kanns nicht lassen



In den ersten Tagen trifft wieder ein Waggon alle gangbaren Größen

Rundkeltern

„Original Duchscher“ ein

C. Fellner, Eltville.

Telefon 62.

Vorzüglich gearbeitete

Metallkämme

per Stück 3.— Mark

Parf. Altstaetter

Ecke Lang- und Webergasse.

Alle Läuse

an Menschen und Tieren mit der Brut in zwei Tagen weg. (Flaschen mitbringen).

Ratten u. Mäuse

werden mit meinen

Moment-Kugeln

schnell und sicher vernichtet. Paket 2 Mark.

Kammerjäger Schmitt

Bleichstraße 31, II.

Kurhaus zu Wiesbaden

Mittwoch, 22. Oktober, nachmittags um 4 Uhr: **Abonnements-Konzert.** Ausgeführt von dem verstärkten Kurorchester. Leitung: Paul Frendenberg. 1. Des Europa, Marsch (F. v. Blon). 2. Ouvertüre zur Operette „Das Spitzentuch der Königin“ (Strauß). 3. Mein Traum, Walzer (Waldteufel). 4. Erinnerung an den Gardasee (Höpfel). 5. Ouvertüre zur Oper „Das Nachtlager in Granada“ (Kreutzer). 6. Dumka und Krakowiak aus der Operette „Polenblut“ (L. Rebdal). 7. Fantasie aus der Oper „Rigoletto“ (G. Verdi). 8. Die Jagd nach dem Glück, Galopp (Eilenberg).

Abends 8.30 Uhr im großen Saale:

Audition musicale exceptionelle

Großer musikalischer Abend.

Concert Touche

Quatuor Touche: Mr. Firmin Touche, Mr. Asselin, Mr. Vieux, Mr. Marneff. Piano virtuose: Mr. Robert Lortat. Chant: Mme. Auguez de Montalant.

Nassauisches Landestheater

Mittwoch, den 22. Oktober, abends 6.30 Uhr: M. G.: **Martha.** Oper in vier Akten von W. Friedrich. Musik von Fr. v. Flotow. — Personen: Lady Harriet Durham: Mar. Altermann. — Nancy, ihre Vertraute: Willy Hahn. — Lord Milleyer: Fritz Mechler. — Lyonel: Freddy Rüsch. — Plunkett: Alex. Rosenkrantz. — Richter v. Richmond: Fr. Schmidt. — Sally: Wilh. Frank. Polly: Anna Baumann. Betty: Rosa Ebert (drei Mägde). — Drei Diener der Lady: Hermann Merking, Hans Schad, Adolf Spitz. — Pächter: Kreuzwieser, Wernig. — Musik Leitung: Prof. Schlar. — Ende etwa 9.15 Uhr.

Residenz-Theater

Mittwoch, 22. Oktober, abends um 7.30 Uhr: **Der liebe Augustin.** Operette in drei Akten von L. Fall. — Ende nach 10 Uhr.

Kammerlichtspiele Intime Lichtbildbühne Mauritiusstr. 12—Tel. 6137

Neues Pathé-Programm in deutscher und französischer Aufschrift! **Das Auge von St. Yves** Seemannsdrama in 4 Akten. **Toto und Cleopatra** Humoreske in 2 Akten. Nachmittags halbe Preise.

Thalia-Theater Größtes, mod. Lichtspielhaus Kirchgasse 72. Telephon 6137.

Erstaufführung! **„Herr über Leben und Tod“** Schauspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: Bernd Aldor. **„Moritzens Rache“** Kleine Komödie! **Verstärktes Künstlerorchester.**